

Streit über Fällaktion am Klinikum Mitte

Bremen. Vom 1. März bis zum 1. Oktober dürfen Büsche und Bäume weder zurückgeschritten noch gefällt werden. Dennoch wurden in dieser Woche auf dem Gelände des Klinikums Mitte 14 Bäume gefällt. Im Beirat Östliche Vorstadt gab es deutliche Kritik: Es sei zu kurzfristig über die Fällung informiert worden. Auf einer Beiratsitzung erklärte Hanna Pape aus Umweltressort, warum eine Ausnahme vom Fällverbot offenbar nötig war. Das Unternehmen, das von der Gesundheit Nord mit der Begutachtung der Bäume beauftragt wurde, habe mit seiner Arbeit sehr spät begonnen. Nach einer Ortsbegehung habe das Umweltressort Ende vergangener Woche die Genehmigung erteilt, so Pape. Vorab sei das Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt per E-Mail informiert worden. „Normalerweise bekommen die Ortsämter Durchschriften von den Bescheidern. Das hätte auf dem Postweg aber zu lange gedauert“, sagte Hanna Pape. Die Bäume hätten aus Gründen der Verkehrssicherung auch nicht bis zur nächsten Fällsaison stehen bleiben können. JAZ

Provokationen bei Drittliga-Spiel

Bremen. Aggressive Fans haben beim Drittligaspiel zwischen SV Werder Bremen II und 1. FC Magdeburg am Dienstag für Unruhe und einen Polizeieinsatz gesorgt. Rund 200 der knapp 2900 Zuschauer des Spiels auf Platz 11 in der Pauliner Marsch waren gewaltgeneigte oder gewaltbereite Personen, so die Polizei. Sie kamen aus dem Umfeld beider Vereine. Kurz vor Anpfiff habe eine Gruppe Bremer die Gäste-Fans provoziert. Die wiederum warfen eine Flasche in Richtung ihrer Kontrahenten. Die Polizei erteilte 14 Provokateuren Platzverweise für den Abend. Gegen den Flaschenwerfer wurde ein Verfahren wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Während des Spiels war die Polizei im Gästeblock damit beschäftigt, Beleidigungen und Spuckattacken zu verhindern. Nach Spielende kam es nur noch zu kleineren Scharmützeln, heißt es im Polizeibericht. EHO

Rettung in letzter Minute

Bremerhaven. Mit einer Drehleiter hat die Feuerwehr am Mittwoch drei Menschen aus einem verrauchten Haus geholt. Zwei weitere Bewohner konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Das Feuer war gegen 12 Uhr in dem Mehrfamilienhaus an der Rickmersstraße ausgebrochen. Die Ursache und die Schadenshöhe sind noch unklar, sagt die Feuerwehr. Als sie eintraf, brannten Gegenstände im Treppenraum des fünfstöckigen Hauses. Dadurch war der Weg nach draußen für drei Bewohner versperrt. An einem Fenster im Dachgeschoss sahen die Einsatzkräfte zwei Frauen, davon eine Schwangere. Und im zweiten Obergeschoss stand ein Mann am Fenster. Seine Wohnung war bereits so verrauchert, dass er sofort gerettet werden musste. Die Menschen wurden von einer Notärztin vor Ort betreut. Ihr Haus ist bis auf Weiteres nicht bewohnbar. EHO

Bahn erfasst Radfahrer in Huchting

Bremen. Ein Radfahrer ist am Mittwoch in Huchting von einer Bahn erfasst und schwer verletzt worden. Nach Angaben der Polizei schwebte er am Abend in Lebensgefahr. Der Unfall ereignete sich gegen 19.45 Uhr in der Straße Ortskampsweg, wie die Bundespolizei auf Nachfrage mitteilte. Der Radfahrer sei von der Nordwestbahn, die in Richtung Bremen unterwegs war, erfasst worden, als er über die Gleise lief. Über die näheren Umstände und das Alter des Mannes konnte die Polizei am Mittwochabend noch keine Angaben machen. EHO

STADTUMSCHAU

Über Auslandsaufenthalte nach der Schule informiert das Berufsinformationszentrum (BIZ) an diesem Donnerstag. Die Veranstaltung findet um 16.30 Uhr im Berufsinformationszentrum Bremen, Doventorsteinweg 44, statt. Die Teilnahme ist kostenfrei und ohne Anmeldung.

„Und jetzt, Europa?“ Wir müssen reden! lautet der Titel eines Bürgerdialogs zu Globalisierung und Europas Rolle in einer Welt im Umbruch an diesem Donnerstag. Der Bürgerdialog mit Politikern und Experten beginnt um 18 Uhr in der Bürgerschaft, Am Markt 20.

Die Borgward Zeitmanufaktur veranstaltet am Freitag, 17. März, eine Reise in das Innere der Uhr. Die Teilnehmer bekommen einen Einblick in die Uhrenproduktion und die Geschichte des Unternehmens. Die Führung beginnt um 18 Uhr in der Koch und Bergfeld Silberbesteckmanufaktur, Kirchweg 200.

REDAKTION BREMEN
Telefon 0421/36713690
Fax 0421/36711006
Mail: lokales@weser-kurier.de

„Für mich ist das ein Albtraum“

Die Bürgerschaftsabgeordnete Sülmez Dogan sorgt sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Sülmez Dogan

ist in Deutschland geboren und aufgewachsen. Sie hat Jura studiert und ist selbstständige Rechtsanwältin. Die Grüne war von 2007 bis 2011 Stadtverordnete in Bremerhaven, seit 2011 ist die Bremerhavenerin Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, seit 2015 Vizepräsidentin.

Frau Dogan, das deutsch-türkische Verhältnis ist angeknackst. Werden Sie oft angesprochen, von Menschen, die erwarten, dass Sie sich von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan distanzieren?

Sülmez Dogan: Ich werde ständig gefragt, wo ich stehe. Ich werde aber nicht nur von Deutschen nach meiner Meinung gefragt, sondern auch von türkeistämmigen Mitbürgern. Das macht mir fast noch mehr Sorgen: dass inzwischen ein tiefer Riss durch die türkische Community geht. In der Zeit, in der ich politisch engagiert bin, habe ich nie so eine Politisierung und Spaltung unter in Deutschland lebenden Türken erlebt wie in jüngster Zeit.

Für viele Deutsche ist es schwer nachzuvollziehen, wie man die Vorzüge der deutschen Demokratie preisen und gleichzeitig das Verfassungsreferendum in der Türkei unterstützen kann, durch das demokratische Rechte weiter eingeschränkt werden sollen.

Es sind nicht nur Deutsche, die diesen Widerspruch erkennen. Es gibt auch viele Türken, denen es nicht anders geht. Aber diese Debatten helfen uns nicht weiter, sie vertiefen die Gräben nur. Ich würde mir wünschen, dass man mehr Aufmerksamkeit darauf richtet, wie zu erklären ist, dass akademisch gebildete, vollends integrierte, gut situierte Deutschtürken für Erdogan eintreten, obwohl sie wissen, was das für die Türkei bedeutet.

Wie ist das Ihrer Ansicht nach zu erklären? Erdogan ist klug. Er provoziert Europa nicht derart aggressiv, weil er sich nicht im Griff hat. Jedes Wort ist kalkuliert. Er braucht jede Stimme, deshalb suggeriert er den in Deutschland lebenden Türken, dass er der Einzige ist, der sich um sie kümmert, und dass die Bundesrepublik sie schon immer vernachlässigt hat. Damit trifft er auf eine Grundstimmung, die tief in vielen türkeistämmigen Menschen verankert ist. Viele von ihnen machen immer noch diskriminierende Alltagserfahrungen. Die Sehnsucht nach Anerkennung und Akzeptanz weiß Erdogan geschickt für sich zu nutzen.

Dennoch hofft man, dass Menschen, die hier lange und offenbar gerne leben, ihre aktuelle Heimat mitsamt ihren Vorzügen verteidigen, zumal gegen derart massive Attacken. Man darf nicht vergessen, dass Erdogan-Kritiker massiv eingeschüchert werden. Ich bekomme so gut wie jeden Tag Post von Türken, die gerne ihre Verwandten besuchen möchten, sich aber nicht trauen. Sie machen sich Sorgen, dass sie in der Türkei Schwierigkeiten bekommen, weil sie öffentlich Position gegen das Verfassungsreferendum bezogen haben. Es kann sein, dass sie vollkommen unbehelligt bleiben, vielleicht bekommen sie aber auch große Probleme. Wissen Sie, ich bin in Deutschland sozialisiert, ich habe mich mit dem Nationalsozialismus beschäftigt, und jetzt erlebe ich, dass Menschen Angst haben, ihre Meinung zu äußern, und dass Oppositionelle und Journalisten im Gefängnis landen. Für mich ist das ein Albtraum.

Machen Sie sich keine Sorgen, selbst Ärger zu bekommen, weil Sie sich schon seit Langem gegen Erdogans Politik positionieren? Ich bekomme gelegentlich hässliche Mails, das lässt mich aber weitgehend kalt. Ich weiß nicht, ob ich ohne Probleme in die Türkei und zurück reisen könnte. Aber ich lasse mich nicht mundtot machen. Ich bin Abgeordnete eines deutschen Parlaments, ich bin Vizepräsidentin der Bremischen Bürger-



Sülmez Dogan macht sich Sorgen, dass sich Deutschtürken mehr und mehr in Erdogan-Kritiker und -Befürworter spalten lassen. FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

schaft. Wir Parlamentarier haben eine gesellschaftliche Vorbildfunktion – auch für die Mitglieder der türkischen Community. Das heißt für mich, Position zu beziehen und für meine Argumente zu werben. Außerdem muss die Stimme derjenigen, die das Verfassungsreferendum ablehnen, auch gehört werden. Momentan habe ich den Eindruck, dass diese Stimme leise ist und dadurch ein falsches Bild entsteht.

Apropos Abgeordnete: Bisher hat es Bremens Parlament nicht hinkommen, eine einheitliche Position zu den Vorgängen in der Türkei zu finden. Was halten Sie davon? Ich bedauere das sehr. Man hat in Hamburg gesehen, dass es sehr wohl möglich ist, fraktionsübergreifend zu einer einheitlichen Haltung zu finden.

Auch daran zeigt sich vielleicht, wie weit es mit der Integration her ist. Von einem deutschen Parlament darf man erwarten, dass es mit lupenreinen Demokraten besetzt ist, einerlei welcher Herkunft. Das ist tatsächlich ein Problem, mit dem der deutsche Parlamentarismus umgehen lernen muss. Es gab noch nie so viele türkeistämmige Abgeordnete in den Landtagen und im Bundestag, und niemand hätte damit gerechnet, dass sie vor solche Fragen gestellt werden. Für mich gibt es keinen Zweifel: Wer hier wie selbstverständlich alle Freiheiten der Demokratie genießt, muss sie auch grundsätzlich verteidigen. Das Verfassungsreferendum abzulehnen, bedeutet nämlich nicht, dass man seine oder die Heimat seiner Eltern verrät. Im Gegenteil, gerade weil einem die Türkei so am Herzen liegt, kann man es nicht ertragen, dass bedeutende Grundrechte eingeschränkt sind.

Das Saarland erwägt ein Wahlkampf-Auftrittsverbot für türkische Politiker. Sollte Bremen den in Bremerhaven geplanten Auftritt der AKP-Politikerin Sema Kirci verbieten?

Ich glaube, dass sich die Bundesrepublik nicht alles gefallen lassen muss. Und ich bedauere, dass die Bundesregierung die Länder und Kommunen in dieser Frage alleine lässt. Aber Auftrittsverbote und gegenseitige Provokationen verbessern die Lage nicht. Im Gegenteil, Erdogan kann sich noch mehr als einsamer Kämpfer für die Interessen der Türken und der Muslime darstellen. Was jedoch keinesfalls passieren darf: dass es bei einem solchen Auftritt zu Eskalationen zwischen Erdogan-Gegnern und -Befürwortern kommt.

Was erhoffen Sie sich für die Zukunft im deutsch-türkischen Miteinander?

Ich hoffe, dass uns der türkische Wahlkampf eine Lehre ist: Wir müssen es hinbekommen, die integrationsfähigen und -willigen türkeistämmigen Menschen an- und ganz in unserer Mitte aufzunehmen. Wir müssen sie davon überzeugen, dass sie sich ganzen Herzens zu diesem Land bekennen und beginnen, sich hier für ihre Interessen zu engagieren.

Das Gespräch führte Silke Hellwig.

AKP-Auftritt stößt auf Ablehnung

Bremerhaven. Der für Sonntag geplante Auftritt der türkischen Parlamentsabgeordneten Sema Kirci in Bremerhaven findet im politischen Raum ein anhaltendes Echo. Nachdem am Dienstag bereits Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) sein Missfallen geäußert hatte, gab es auch am Mittwoch zahlreiche Stimmen aus Fraktionen und Parteigliederungen in Bremen und Bremerhaven. So forderten die Linken in der Bürgerschaft und die Seestadt-FDP ein Verbot der Kundgebung der Abgeordneten, die der AKP-Partei des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan angehört.

„Hasspredigten für Diktatur und Todesstrafe sind hier vollkommen fehl am Platz“, findet der Linken-Abgeordnete Cindi Tuncel. FDP-Bundestagskandidat Hauke Hilz sieht das ähnlich: „Wir wollen keinen türkischen Wahlkampf bei uns in Bremerhaven. Ein Verbot ist möglich, wenn der Magistrat es nur will. Er hätte unsere volle Unterstützung.“ Bei der CDU sieht man die Wahlkampfaktivitäten in Bremerhaven ebenfalls kritisch, doch die Stellungnahmen zeigen

deutliche Nuancen. Für die Seestadt-CDU ist die Sache klar: Verboten! Aus dem CDU-Landesvorstand kommen indes sachtere Töne. Dort war der Umgang mit türkischem Wahlkampf auf deutschem Boden vor wenigen Tagen eines der Gesprächsthemen. Tenor: Wer generelle Redeverbote für AKP-Politiker fordert, spielt ihnen in die Hände. Die Erdogan-Anhänger könnten sich dann als Opfer stilisieren und an die Solidarität ihrer in Deutschland lebenden Landsleute appellieren.

Unterdessen ist noch gar nicht letztlich geklärt, ob die Veranstaltung im Stadtteil Wulsdorf am Sonntag überhaupt stattfinden kann. Nach Darstellung von Magistratssprecher Volker Heigenmooser laufen noch ordnungs-, bau- und ausländerrechtliche Prüfungen. Kontakt mit den Veranstaltern gebe es bisher nicht. Eine der Detailfragen hat offenbar mit dem rechtlichen Status Sema Kircis zu tun. Sie ist in Deutschland geboren. Sollte sie neben der türkischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, sei ihr ein Auftritt kaum zu verwehren. THE



Sema Kirci FOTO: FACEBOOK

Die Rückkehr der NS-Juristen

Historikerin aus Hannover spricht über die Rolle Bremer Strafrichter während der Nazizeit und nach dem Krieg

VON ELKE GUNDEL

Bremen. Welche Rolle spielten Bremer Juristen in der Nazizeit – und was haben sie nach dem Krieg gemacht? Das hat die Historikerin Christine Schoenmakers (34) für ihre Doktorarbeit untersucht. Die Ergebnisse stellt sie an diesem Donnerstag im Haus der Wissenschaft vor, eingeladen wurde Schoenmakers von der Historischen Gesellschaft Bremen.

Fünf Jahre lang hat die Wissenschaftlerin, die jetzt an der Uni Hannover arbeitet, Akten im Bremer Staatsarchiv und in der Stasi-Unterlagen-Behörde ausgewertet sowie mit Nachfahren ehemaliger Bremer Strafrichter gesprochen. Dabei ging es nicht um irgendwelche Strafrichter, sondern um Mitglieder des sogenannten Sondergerichts – einer speziellen Strafkammer am hiesigen Landgericht. Überall in Deutschland hatten die Nazis 1933 Sondergerichte etabliert, die Taten aburteilten, die gegen das Regime gerichtet waren. Oder besser: die von den Nationalsozialisten als Angriff auf die sogenannte Volksgemeinschaft gewertet wurden. Auch Delikte, die heute als Bagatellden gelten, wurden zwischen 1933 und 1945 oft als „volksfeindlich“ abgestempelt, sagt Christine Schoenmakers. Etwa, wenn ein

Postbeamter ein Feldpost-Paket geöffnet und geplündert hatte. Das gefährdete angeblich den Kriegserfolg, entsprechend drakonisch waren die Strafen.

Die Verhandlung vor dem Sondergericht hatte regelrecht den Charakter eines Schauprozesses. „Die Öffentlichkeit war für die Verhandlungen zwar generell zugelassen. Allerdings wurde sehr genau kontrolliert, wer im Publikum saß“, erläutert die Historikerin. Anders gesagt: Die Zuschauer wurden gezielt eingeladen – im Falle des Postbeamten gleich sämtliche Kollegen. Der Staat demonstrierte, dass er „schnell und hart“ gegen diejenigen vorgeht, die entgegen der Nazi-Ideologie handeln. Verteidiger gab es zwar, sie hatten aber keine Aktenkenntnis und auch sonst nur eine Statistenrolle. Die Medien waren ebenfalls gleichgeschaltet. „Es gab einen engen Kontakt zwischen Staatsanwaltschaft und Gerichtsberichterstatter.“ Die Journalisten wurden ausgewählt, geschult und kontrolliert. Kritische Berichte über Verhandlungen des Bremer Sondergerichts seien ihr nicht bekannt, sagt Christine Schoenmakers.



Christine Schoenmakers FOTO: FR

Bei ihrer Recherche konnte sie sich unter anderem auf die Vorarbeit von Hans Wrobel, früherer Abteilungsleiter im Justizressort, stützen. Er hat Anfang der 90er-Jahre die dreibändige Quellenedition „Strafjustiz im totalen Krieg“ bearbeitet, die die Urteile des Bremer Sondergerichts erschließt.

„Die Akten sind fast vollständig im Bremer Staatsarchiv erhalten“, sagt Wrobel. Nach allem, was er wisse, sei das eine Bremer Besonderheit. „Viele Akten sind anderswo durch Bomben verloren gegangen.“ Außerdem vermutete er, dass Dokumente zum Teil auch gezielt zerstört wurden. Dass das in Bremen anders war, habe einen einfachen Grund: die erschreckend perfekt organisierte Bürokratie im Dritten Reich. „Die Sonderrichter haben ihre Akten für archivwürdig erklärt“, ein entscheidender Vermerk sorgte dafür, dass die Dokumente nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen nicht vernichtet, sondern dem Staatsarchiv übergeben wurden.

Darüber hinaus konnte Christine Schoenmakers erstmals 450 Seiten umfassende Tagebuchaufzeichnungen auswerten, die der stellvertretende Vorsitzende des Bremer

Sondergerichts, Emil Warneken, zwischen 1945 und 1956 verfasst hat. Dokumente der Stasi-Unterlagen-Behörde hat die Wissenschaftlerin ebenfalls verwendet. Denn auch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR interessierte sich für die Bremer Sonderrichter, die nach dem Krieg weiter in der Justiz tätig waren. Auf der Grundlage von Akten, die die Rote Armee beschlagnahmt und ausgewertet hatte, habe die Stasi eine große Datenbank angelegt, sagt Schoenmakers. Das Material über belastete Juristen, die in der Nachkriegszeit oft wichtige gesellschaftliche und politische Ämter besetzten, sollte dazu dienen, Westdeutschland zu diskreditieren – oder die Betroffenen zu erpressen. Dass die Stasi aber Informanten am Bremer Landgericht gewinnen konnte, dafür habe sie keine Anhaltspunkte, sagt die 34-Jährige.

Ihr Vortrag mit dem Titel „Die Rückkehr der „Ehemaligen“: Personelle und ideologische Kontinuitäten in der Bremer Justiz nach 1945“ beginnt um 18 Uhr im Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4/5. Die Dissertation von Christine Schoenmakers erschien im Schöningh-Verlag in der Reihe „Nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ – Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung“ als Band 6.